



# HESSISCHER LANDTAG

04. 09. 2018

Plenum

## Antrag der Fraktion DIE LINKE

### betreffend sozialen Wohnungsbau endlich konsequent fördern - fünf Jahre Schwarz-Grün sind verlorene Jahre in der Wohnungspolitik

Der Landtag wolle beschließen:

1. Der Hessische Landtag stellt fest, dass die Zahl der Sozialwohnungen in Hessen noch nie so stark zurückgegangen ist wie in den vergangenen fünf Jahren unter Schwarz-Grün. Seit Anfang 2014 sind rund 25 % bzw. 27.000 Wohnungen verloren gegangen.
2. Der Hessische Landtag stellt fest, dass die Zahl der offiziell registrierten Haushalte, die Anspruch auf eine Sozialwohnung haben und nicht versorgt werden, besonders in den letzten Jahren rasant angestiegen ist und weiter ansteigt.
3. Der Hessische Landtag stellt fest, dass die halbherzigen Bemühungen der schwarz-grünen Landesregierung für einen Richtungswechsel am hessischen Wohnungsmarkt zu sorgen, kläglich gescheitert sind.
4. Der Hessische Landtag fordert die Landesregierung auf, endlich wirksame Maßnahmen zum Bau von jährlich mindestens 10.000 neuen Sozialwohnungen und weiteren 2.000 Studierendenwohnungen zu ergreifen.
5. Der Hessische Landtag fordert die Landesregierung auf, öffentliche Wohnungsgesellschaften wie die Nassauische Heimstätte verstärkt anzuhalten, dass sie ihrem gesellschaftlichen Auftrag endlich nachkommen und weit überwiegend nur noch günstigen Wohnraum für einkommensschwache Haushalte zur Verfügung stellen. Teure Miet- oder Eigentumswohnungen zu erstellen, gehört nicht zu deren Gründungsauftrag!
6. Der Hessische Landtag fordert die Landesregierung auf, die kommunalen Wohnungsgesellschaften finanziell so zu stärken und in die Lage zu versetzen, ihren Aufträgen nachzukommen, um ausschließlich öffentlich geförderten Wohnungsbau zu betreiben. Teure Miet- oder Eigentumswohnungen zu erstellen, gehört nicht zu deren Gründungsauftrag!
7. Der Hessische Landtag fordert Wohnungsministerin Priska Hinz auf, umgehend eine wirksame und rechtskonforme Verordnung zur Mietpreisbremse auf den Weg zu geben, um alle Mieterinnen und Mieter endlich wieder in die Lage zu versetzen, gegen Mietwucher erfolgreich klagen zu können.
8. Der Hessische Landtag fordert die Landesregierung auf, umgehend ein Gesetz gegen spekulativen Leerstand und Zweckentfremdung vorzulegen, um falsch oder nicht genutzte Wohnungen dem Wohnungsmarkt wieder zuzuführen.
9. Der Hessische Landtag fordert die Landesregierung auf, landeseigene, für Wohnungsbau mögliche Flächen nur an öffentliche Wohnungsgesellschaften oder gemeinnützig agierende Genossenschaften zum Sonderpreis, im Rahmen von Konzeptvergaben, zu verkaufen oder im Erbbaurecht preisgünstig zur Nutzung zu überlassen.
10. Der Hessische Landtag fordert die Landesregierung auf, eine Änderung zum Wohnraumförderungsgesetz vorzulegen, in dem die Förderung von Eigentum gestrichen und das Auslaufen von Sozialbindungen unterbunden wird. Es muss gelten: einmal Sozialwohnung, immer Sozialwohnung!

11. Der Hessische Landtag fordert die Landesregierung auf, alsbald ein Gesetz zur Verhinderung der fortschreitenden Umwandlung von Miet- in Eigentumswohnungen vorzulegen.
12. Der Hessische Landtag fordert die Landesregierung auf, eine Bundesratsinitiative zur Wiedereinführung der Gemeinnützigkeit von Wohnungsgesellschaften alsbald einzureichen.

**Begründung:**

Wohnen ist ein Menschenrecht und muss einen dementsprechenden Stellenwert in der Arbeit der Hessischen Landesregierung haben. Die halbherzigen Bemühungen der Landesregierung unter CDU und Bündnis 90/Die Grünen haben jedoch die rasante Verknappung von bezahlbarem Wohnraum nicht stoppen können.

Zu wenig neu gebauten Wohnungen stehen hohe Zahlen auslaufender Sozialbindungen gegenüber. Der niedrige Neubau liegt in erheblichem Maße auch daran, dass kommunale Wohnungsbaugesellschaften wie zum Beispiel die ABG Frankfurt und die Nassauische Heimstätte ihr Geschäft in der Vergangenheit nach und nach in den Bau von Luxuswohnungen, Gewerbe und Parkplätzen verlagert haben. Mittlerweile sind weniger als 40 % der Bautätigkeit vieler öffentlicher Wohnungsbaugesellschaften auf die Schaffung preiswerten Wohnraums ausgelegt.

Um endlich eine Umkehr am Wohnungsmarkt zu erreichen und den vielen Anspruchsberechtigten Haushalten entsprechende Wohnraum anzubieten, sind massive Anstrengungen notwendig. Hierzu gehören neben dem Bau neuer öffentlich geförderter Wohnungen auch Änderungen am Wohnraumförderungsgesetz, eine rechtskonforme wirksame Mietpreisbremse und ein Gesetz gegen Zweckentfremdung und Leerstand. Ein ausreichender Bestand an Sozialwohnungen wirkt sich zudem dämpfend auf die allgemeinen Mietpreise aus.

Öffentliche Wohnungsbaugesellschaften müssen dazu verpflichtet und in die Lage versetzt werden, ausschließlich preiswerten Wohnraum zu errichten, der dann auch ohne zeitliche Begrenzung als sozialer Wohnraum erhalten bleiben muss. Dabei könnte die Wiedereinführung der Gemeinnützigkeit von besonderer Bedeutung sein.

Wiesbaden, 4. September 2018

Der Parlamentarische Geschäftsführer:  
**Schaus**